

Woher kommt der Strom? Negativer Strompreis

geschrieben von AR Göhring | 3. Juni 2023

20. Analysewoche

von Rüdiger Stobbe

Regelmäßig macht in Energiewende-Kreisen das Narrativ die Runde, dass die Strompreise umso günstiger sein werden, desto mehr Strom regenerativ erzeugt wird. Wind und Sonne kosten schließlich nichts, sie stellen keine Rechnung. Tun Kohle und Gas übrigens auch nicht. Da machen nur die Förderer. So wie auch die Windmänner. Dafür sind fossile Energieträger wesentlich reichhaltiger. Vor allem kann mit fossilen Energieträgern der Strom bedarfsgerecht hergestellt werden. Der Bedarf ist gut kalkulierbar, wie die Vergangenheit der rein-fossilen Energieversorgung plus Kernkraft Deutschlands gezeigt hat. Die regenerative Stromerzeugung hingegen ist praktisch unkalkulierbar. Man weiß genau, wann die Sonne wo aufgeht. Man weiß aber nicht, wie stark sie auf allfällige Solarpaneelen scheinen wird. Es sei denn, es liegt ein Sommer-Hoch, z. B. das Azoren-Hoch auch über Deutschland. Ansonsten zeichnet sich das Wetter in der gemäßigten Klimazone Deutschlands durch Wechselhaftigkeit aus. Das gilt insbesondere für die Windstromerzeugung. Wann wo wieviel Wind weht, man weiß es nicht. Man weiß gleichwohl, dass es praktisch jedes Jahr einige in Summe Wochen Zeiten der Dunkelflaute gibt, die einen gewaltigen fossilen Backup-Kraftwerkspark notwendig machen. Diese unabdingbare Zweigleisigkeit der Stromversorgung Deutschlands ist der Strom-Versorgungssicherheit geschuldet und macht den regenerativ erzeugten Strom unter dem Strich wesentlich teurer als es auf dem Zettel unserer Energiewendefreunde aussieht.

Der Strompreis wird neben anderem (Individuelle Kontrakte) an der Strombörsen gebildet. Dort gilt das Prinzip Angebot und Nachfrage.

Die Gestehungskosten spielen praktisch keine Rolle. Der freie Markt bestimmt den Preis. Allerdings spielt ein physikalisch-stromtechnischer Sachverhalt eine wesentliche Rolle bei der Zusammenstellung des Angebots: Auch wenn die regenerative Stromerzeugung sehr stark ist, wenn sie fast oder sogar ausreichen würde, um den Strom-Bedarf Deutschlands zu decken, müssen etwa 25 Prozent Strom der Gesamtproduktion zusätzlich konventionell erzeugt werden, was regelmäßig zu einem erheblichen Überangebot und damit zum Strompreis-Verfall führt. Die zusätzliche konventionelle Stromerzeugung ist der Tatsache geschuldet, dass nur große Generatoren konventioneller Kraftwerke in der Lage sind, die Stromnetzstabilität (50Hz) zu gewährleisten. Sie rotieren pro Minute 3.000 Mal. Geschähe das nicht, gingen die Lichter aus, weil das Stromnetz 'kollabieren' würde. Der Preisverfall liegt im Strom-

Überangebot begründet. Das ist der Preis für die Versorgungssicherheit. Zwar wird seit Jahren mit Hochdruck daran gearbeitet, das Problem der Netzstabilität „smart“ und „intelligent“ ohne große Generatoren zu lösen. Bisher signalisieren diese Begriffe jedoch nur eine ausgemachte Hilflosigkeit gegenüber der Problemlösung im notwendig großen Maßstab.

Und tatsächlich, in dieser Analyse-Woche war es so weit. Am Wochenende war der Bedarf sehr gering und die regenerative Stromerzeugung stark. Was am Samstag um 12:00 Uhr dazu führte, dass der Strompreis auf -1,4€/MWh fiel. Am Sonntag waren es um 14:00 Uhr sogar 41,40€/MWh, die Deutschland den dankbaren Nachbarn als ‘Bonus’ mitgeben mussten. Zusätzlich zum geschenkten Strom. Am Donnerstag und Freitag war der Bedarf ebenfalls gering (Langes Wochenende wegen ‘Himmelfahrt’). Die regenerative Erzeugung war allerdings auch etwas geringer als am Samstag/Sonntag. Auswirkungen auf den Preiswaren zwar vorhanden, doch nicht so massiv, wie am Wochenende mit den negativen Strompreisen. So stellen sich unsere Energiewendefreunde die „günstigen Strompreise selbstverständlich nicht vor. Deshalb bekommen die Wind- und Solarmüller auch den garantierten EEG-Preis aus dem Steuersäckel. Welchen am Ende des Tages ebenfalls der Stromkunde bezahlt. Die konventionellen Stromerzeuger werden für das Erbringen der Systemdienstleistung „Netzstabilisierung“ entschädigt.

Ansonsten wurde auch in der 20. Analysewoche wieder eine Menge Strom importiert. Da waren die Preise entsprechend hoch.

Wochenanalyse KW 20/2023

Montag, 15. Mai 2023 bis Sonntag, 21. Mai 2023: **Anteil Wind- und PV-Strom 47,3 Prozent**. Anteil regenerativer Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **62,7 Prozent**, davon Windstrom 25,8 Prozent, PV-Strom 21,4 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 15,5 Prozent.

- Regenerative Erzeugung im Wochenüberblick (15. bis 21.5.2023)
- Die Strompreisentwicklung in der 20. Analysewoche
- Strompreis & mehr vom 10.4.2023 bis 15.4.2021: 6 Tage vor Ende KKW
- Strompreis & mehr vom 16.4.2023 bis 21.4.2021: 6 Tage nach Ende KKW

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Wochenvergleich zur 20. Analysewoche ab 2016

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zur 20. KW 2023: Factsheet KW 20/2023 – Chart, Produktion, Handelswoche, Import/Export/Preise, CO₂, Agora-Chart 2030, Agora-Chart 2040.

- Der Heizungstipp: Gas-, Ölheizung oder Wärmepumpe? Heinz Fischer, Heizungsinstallateur aus Österreich hier bei Kontrafunk vom 12.5.2023
- Weitere Informationen zur Wärmepumpe im Artikel 9. Analysewoche.
- Prof. Ganteförs überraschende Ergebnisse zu Wärmepumpe/Gasheizung

(Quelle des Ausschnitts)

- Neu: Interview mit Rüdiger Stobbe zum Thema Wasserstoff plus Zusatzinformationen
- Viele weitere Zusatzinformationen
- Achtung: Es gibt aktuell praktisch keinen überschüssigen PV-Strom (Photovoltaik). Ebenso gibt es praktisch keinen überschüssigen Windstrom. Auch in der Summe der Stromerzeugung mittels beider Energieträger plus Biomassestrom plus Laufwasserstrom gibt es keine Überschüsse. Der Beleg 2022, der Beleg 2023. Überschüsse werden bis auf sehr wenige Stunden im Jahr immer konventionell erzeugt!

Nach den Tagesanalysen – Peter Hagers 'Wirtschaftswunder' Teil 2:
Photovoltaik-Anlagen

Jahresüberblick 2023 bis zum 21.5.2023

Daten, Charts, Tabellen & Prognose zum bisherigen Jahr 2023: Chart 1, Chart 2, Produktion, Stromhandel, Import/Export/Preise/C02, Agora 2030, Stromdateninfo Jahresvergleich ab 2016

Tagesanalysen

Was man wissen muss: Die Wind- und PV-Stromerzeugung wird in unseren Charts fast immer „oben“, oft auch über der Bedarfslinie angezeigt. Das suggeriert dem Betrachter, dass dieser Strom exportiert wird. Faktisch geht immer konventionell erzeugter Strom in den Export. Die Chartstruktur zum Beispiel mit dem bisherigen Jahresverlauf 2023 bildet den Sachverhalt korrekt ab. Die konventionelle Stromerzeugung folgt der regenerativen, sie ergänzt diese. Falls diese Ergänzung nicht ausreicht, um den Bedarf zu decken, wird der fehlende Strom, der die elektrische Energie transportiert, aus dem benachbarten Ausland importiert.

Montag, 15. Mai 2023: **Anteil Wind- und PV-Strom 37,3 Prozent.** Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **53,4 Prozent**, davon Windstrom 16,7 Prozent, PV-Strom 20,6 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 16,1 Prozent.

Die regenerative Stromerzeugung lag leicht über dem Durchschnitt. Es wurde ganztägig Strom importiert. Das Preisniveau war hoch mit einer Spitze (168€/MWh) um 7:00 Uhr.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 15. Mai ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 15.5.2023: Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/C02, Agora-Chart 2030, Agora-Chart 2040

Dienstag, 16. Mai 2023: **Anteil Wind- und PV-Strom 50,2 Prozent.** Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **63,6 Prozent**,

davon Windstrom 38,0 Prozent, PV-Strom 12,3 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 13,3 Prozent.

Trotz starker regenerativer Stromerzeugung wird praktisch ganztägig Strom importiert. Die Verantwortlichen lassen sich die CO₂-Freiheit offensichtlich gerne etwas kosten. Alle verdienen. Der Stromkunde zahlt.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 16. Mai ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 16.5.2023:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO₂, Agora-Chart 2030, Agora-Chart 2040

Mittwoch, 17. Mai 2023: **Anteil Wind- und PV-Strom 48,6 Prozent.** Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **62,2 Prozent**, davon Windstrom 28,7 Prozent, PV-Strom 19,9 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 13,5 Prozent.

Wieder starke regenerative Stromerzeugung weit über dem Durchschnitt. Wieder fast ganztägige Stromimporte. Mit entsprechenden Preisen.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 17. Mai ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 17.5.2023:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO₂, Agora-Chart 2030, Agora-Chart 2040

Donnerstag, 18. Mai 2023: **Anteil Wind- und PV-Strom 42,1 Prozent.** Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **59,7 Prozent**, davon Windstrom 12,6 Prozent, PV-Strom 29,9 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 17,6 Prozent.

Das lange Himmelfahrt-Wochenende beginnt. Wenig Bedarf. Aber: Die Stromübererzeugung hält sich ebenso wie der Preisverfall in Grenzen.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 18. Mai ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 18.5.2023:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/CO₂, Agora-Chart 2030, Agora-Chart 2040

Freitag, 19. Mai 2023: **Anteil Wind- und PV-Strom 45,4 Prozent.** Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **62,1 Prozent**, davon Windstrom 21,5 Prozent, PV-Strom 23,9 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 16,7 Prozent.

Wieder ganztägiger Stromimport. Wieder wenig Bedarf. Noch erreicht der Strompreis die 0€/MWh-Marke nicht.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 19. Mai ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 19.5.2023:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/C02, Agora-Chart 2030, Agora-Chart 2040

Samstag, 20. Mai 2023: Anteil Wind- und PV-Strom 54,0 Prozent. Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **69,9 Prozent**, davon Windstrom 32,5 Prozent, PV-Strom 21,5 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 15,9 Prozent.

Heute ist es so weit. Die 0€/MWh-Marke wird geknackt. Eine starke Überproduktion bezogen auf den geringen Bedarf ist die Ursache.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 20. Mai ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 20.5.2023:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/C02, Agora-Chart 2030, Agora-Chart 2040

Sonntag, 21.2023: Anteil Wind- und PV-Strom 51,9 Prozent. Anteil erneuerbare Energieträger an der Gesamtstromerzeugung **68,1 Prozent**, davon Windstrom 26,5 Prozent, PV-Strom 25,5 Prozent, Strom Biomasse/Wasserkraft 16,1 Prozent.

Mit dem Sonntag kommt es noch heftiger. Um 14:00 Uhr werden den Stromabnehmern noch 41,40€/MWh mitgegeben. Macht summa summarum bei 9 GWh Gesamtexport in dieser Stunde schlappe 372.600 € zusätzlich zu Strom. Natürlich verteilt auf die verschiedenen Abnehmer.

Belege für Werte und Aussagen im Text oben, viele weitere Werte sowie Analyse- und Vergleichsmöglichkeiten bietet der Stromdateninfo-Tagesvergleich zum 21. Mai ab 2016.

Daten, Charts, Tabellen & Prognosen zum 21.5.2023:
Chart, Produktion, Handelstag, Import/Export/Preise/C02, Agora-Chart 2030, Agora-Chart 2040

Peter Hagers Analyse „Wirtschaftswunder Teil 1: Lage Windkraft heute Teil 2: Photovoltaik

Deutsches Wirtschaftswunder dank Energiewende? – Fokus Photovoltaik

Bundeskanzler Scholz wird nicht müde ein neues deutsches

Wirtschaftswunder anzukündigen. Schließlich sollen durch die Umsetzung der Energiewende Investitionen von mehreren hundert Milliarden Euro getätigt werden. Doch in Wirklichkeit soll unter dem Label des „Klimaschutzes“ ein bestehendes, auf konventionellen Energien basierendes, Energiesystem mit „Erneuerbaren Energien“, zum überwiegenden Teil mit Windkraft- und PV-Anlagen, ersetzt werden.

Bis 2030 sollen 80 % des deutschen Strombedarfs regenerativ erzeugt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, plant die Ampel-Regierung bis 2030 bei den PV-Anlagen einen massiven Zubau von 66,5 GW (Ende 2022) auf 215 GW – ungefähr hälftig verteilt auf Dächern und Freiflächen.

Die Zubauziele für die nächsten Jahre sind:

- 2023: 9 GW
- 2024: 15 GW
- 2025: 18,5 GW
- 2026: 20 GW
- 2027-2030: jeweils 22 GW

Im Jahr 2022 wurde das Ausbauziel von 7 GW mit fast 7,2 GW übertroffen (der bisher höchste PV-Zubauwert mit 7,6 GW war in 2012).

Anhand der Zubauzahlen der ersten 4 Monate wird für 2023 das Zubauziel von 9 GW ebenfalls übertroffen werden:

Januar – April 2023: 3.711 MW, davon 1.150 MW Freifläche (Januar – April 2022: 2.538 MW, davon 1.116 MW Freifläche)

Die beiden wesentlichen PV-Segmente

PV-Freiflächenanlagen

Hier dominieren nach wie vor PV-Anlagen mit fester EEG-Einspeisevergütung. Diese werden über Ausschreibungsverfahren der Bundesnetzagentur (BNetzA) bezuschlagt und sind aufgrund der Realisierungszeiten von meist unter 2 Jahren ein guter Indikator für den weiteren Ausbau.

PV-Ausschreibungen, Freifläche, 2022

Ausgeschrieben: 3.124 MW (2021: 1.637 MW)
Gebotsmenge: 2.507 MW (2021: 3.620 MW)
Bezuschlagt: 2.389 MW (2021: 1.645)

Aufgrund der stark rückläufigen Gebotsmengen wurde von der BNetzA der maximale Gebotspreis auf 7,37 Cent/kWh angehoben (in 11/22: 5,9 Cent/kWh).

PV-Ausschreibungen, Freifläche, 2023 (Ausschreibung März)

Ausgeschrieben: 1.950 MW

Gebotsmenge: 2.869 MW

Bezuschlagt: 1.952 MW

Freiflächenanlagen mit festen Stromabnahmeverträgen zwischen dem PV-Anlagenbetreiber und einem Stromabnehmer ohne EEG (sog. Power Purchase Agreements = PPAs) werden durch Projektentwickler realisiert und gewinnen allmählich an Bedeutung.

- Zubau in 2022: 747 MW
- Zubau in 2023 (Januar – April): 399 MW

PV-Dachanlagen

Nach wie vor spielen beim PV-Zubau 'Dachanlagen' von Hausbesitzern, landwirtschaftlichen Betrieben sowie Gewerbebetrieben die größte Rolle.

Begründet ist dies durch die Änderung des Betreibermodells ab 2012. Bis 2012 waren PV-Anlagen mit Volleinspeisung mit EEG-Vergütung die Regel. Während sich die EEG-Vergütungssätze kontinuierlich verringerten stieg der Haushaltsstrompreis permanent an und im Jahr 2012 waren Haushaltsstrompreis und Einspeisevergütung erstmals gleich hoch. Seitdem stieg der Haushaltstrompreis weiter – aktuell liegt der Preisunterschied bei rund 30 Cent je kWh.

So wurde der Eigenverbrauch des selbsterzeugten PV-Stroms (sei es ohne oder mit Batteriespeicher) für private Haushalte – aber auch für Gewerbebetriebe – immer interessanter.

Um PV-Anlagen für private Haushalte noch attraktiver zu machen, wurden von der Ampel im Rahmen des EEG 2023 zahlreiche Vereinfachungen (zum Beispiel Eigenstromnutzung und Einspeisung mit einer Anlage, Anschluss von Mini-PV-Anlagen, Balkonkraftwerke für den Eigenverbrauch) sowie Vergünstigungen wie beispielsweise null Prozent Umsatzsteuer beim Kauf seit 01.01.23 oder höhere Vergütungssätze bei Eigenverbrauch mit Einspeisung (z.B. 8,2 Cent/kWh bis 10 kWp) sowie Volleinspeisung (13 Cent/kWh bis 10 kWp erhalten 8,2 Cent pro kWh) eingeführt.

Auch wenn von der Ampel bei Freiflächenanlagen zum Teil mit der „Brechstange“ Hindernisse zu Lasten von Umwelt, Natur und Bürger aus dem Weg geräumt wurden, dürfte der Zubau von 15 GW im Jahr 2024 schwer zu realisieren sein:

- Nach wie vor hohe Inflation und zunehmend steigende Personalkosten verteuern den Bau
- Steigende Finanzierungszinsen
- Mangel an Fachkräften
- Sehr große Modulabhängigkeit von China
- Teilweise recht lange Anmeldezeiten bei den Netzbetreibern
- Limitierte Anschlusskapazitäten in den Verteilnetzen – vor allem für Freiflächenanlagen

Der nicht mit dem PV-Zubau Schritt haltende Ausbau der Verteilnetze – gilt ebenso für andere Projekte der Energiewende (Ladestationen, Wärmepumpen) – wird mehr und mehr zum größten Hemmschuh der gesamten Energiewende.

Immer häufiger werden PV-Freiflächenanlagen erst mit Verspätung an das Verteilnetz – überwiegend das Mittelspannungsnetz – angeschlossen.

Zudem wird es deswegen bereits in diesem Jahr in den sonnenreichen Monaten zunehmend Abregelungen/Abschaltungen von PV-Freiflächenanlagen geben.

Überspitzt formuliert: Im Norden werden die WKA abgeregelt oder abgeschaltet und im Süden die PV-Anlagen. Und die Kosten tragen die Stromkunden.

Quelle

Die bisherigen Artikel der Kolumne *Woher kommt der Strom?* mit jeweils einem kurzen Inhaltsstichwort finden Sie hier.

Noch Fragen? Ergänzungen? Fehler entdeckt? Bitte Leserpost schreiben! Oder direkt an mich persönlich: stromwoher@mediagnose.de. Alle Berechnungen und Schätzungen durch Rüdiger Stobbe und Peter Hager nach bestem Wissen und Gewissen, aber ohne Gewähr.

Rüdiger Stobbe betreibt den Politikblog *Mediagnose*.

Atomstromfrei durch den Mai ?

geschrieben von Admin | 3. Juni 2023

Der Mai 2023 geht als erster deutschnational atomstromfreier Kalendermonat seit mehr als 60 Jahren in die deutsche Wirtschaftsgeschichte ein. Das Ergebnis: mehr Importstrom im Mai. – Ist das nur eine jahreszeitliche Erscheinung oder ein zukunftsweisender Trend

von Frank Hennig

„Ohne Gott und Sonnenschein, bringen wir die Ernte ein“, so lautete das Motto der SED-Führung in der DDR, um die Werktätigen der zwangsvergenossenschaftlichten Landwirtschaft zu motivieren. Nun, ohne Sonnenschein und Gott gingen die LPGs zwar nicht bankrott, aber zumindest Licht ist unabdingbar für gute Ernten. Heute freuen sich die grünen Planwirtschaftler über einen atomstromfreien Mai, auch weil der Sonnenschein das Ökostromaufkommen steigen lässt.

Der Mai 2023 geht nun als erster deutschnational atomstromfreier Kalendermonat seit mehr als 60 Jahren in die deutsche Wirtschaftsgeschichte ein. Am 15. April waren die Steuerstäbe der verbliebenen drei Kernkraftwerke (KKW) eingefahren worden und damit die Kettenreaktionen beendet. Nun ist das Ziel erreicht und das deutsche Netz sauber gefegt von verstopfendem deutschem Atomstrom. Seit diesem Zeitpunkt importieren wir deutlich mehr Strom, auch Atomstrom, was aber kein Problem ist. Wir wissen von höchst ministerieller Stelle, dass der Betrieb von Kernkraftwerken im Ausland, selbst in Kriegsgebieten, unproblematisch ist, wenn sie nun mal da sind.

An diesem Tag wurde gleichermaßen gefeiert wie bedauert. Die grüne Szene rief laut „siehste“, als die Stromversorgung stabil blieb, und meinte, sich bestätigt zu sehen. Natürlich gab es keine Probleme im Netz, denn die Abschaltungen waren eingeplant und in den Fahrplänen der anderen Kraftwerke hinterlegt sowie im Stromhandel berücksichtigt. Die „Erneuerbaren“ spielten dabei keine beziehungsweise wie immer eine zufällige Rolle.

Als „unerheblich“ war die Produktion der letzten drei KKW bezeichnet worden. Aber selbst im windreichen Dezember 2022 erzeugten sie etwa so viel Strom wie die 1.599 deutschen Offshore-Windkraftanlagen. Als bilanzieller Ersatz für diesen entfallenen Atomstrom müssten nun so viele Windkraftanlagen zugebaut werden, bevor durch Ökostrom dann Kohlestrom verdrängt werden kann.

Wie gestaltete sich der Energiemix im Mai 2023? Der Import nahm deutlich zu, was aber nicht generell einem Kapazitätsmangel an eigener Erzeugung zuzuschreiben ist. In der warmen Jahreszeit finden nun mal die Revisionen an konventionellen Kraftwerken statt. Mit der Kernkraft entfiel zudem der in der Merit-Order billigste Strom am deutschen Markt. Der Mix der verbliebenen konventionellen Kraftwerke ist stark vom CO₂-Zertifikatepreis belastet, so dass der Import schlicht billiger war. Europaweit gibt es mehr Sonnenstrom und ein gutes Wasserangebot, was für mehr ebensolchen Strom sorgt, und immer mehr französische Kernkraftwerke kehren ans Netz zurück.

Frühsommerlich bedingt ging der Verbrauch zurück, auch der Abbau und die Abwanderung in Industrie und Wirtschaft gehen weiter. Aktuell schloss ein Betrieb der DGH Group seinen Standort im sächsischen Dohna. Die Produktion von Druckgussteilen aus Aluminium und Magnesium ist schlicht zu teuer, die Nachfrage aus der Automobilindustrie geringer. 210 Arbeitsplätze sind futsch. Ebenso erging es im Vorjahr der DGH Sand Casting in Friedrichshafen mit ähnlichem Produktionsprofil. 265 Arbeitsplätze.

Energieintensive Produktion wird in Deutschland langfristig nicht mehr möglich sein, selbst wenn ein subventionierter Industriestrompreis kommen sollte. Nach Habeck wäre dieser Preis ein „Brückenstrompreis“. Eine Brücke wohin? Ab 2030 soll der Strompreis dann sinken wegen mehr

„Erneuerbarer“. Ein Blick zurück hätte gut getan, aber die Gebetsformel „Wind und Sonne schicken keine Rechnung“ entfaltet immer noch Wirkung auf simpel gestrickte Politiker. Aus deren Sicht fällt bei sinkendem Stromangebot auch der Preis. Das ist die grüne Logik.

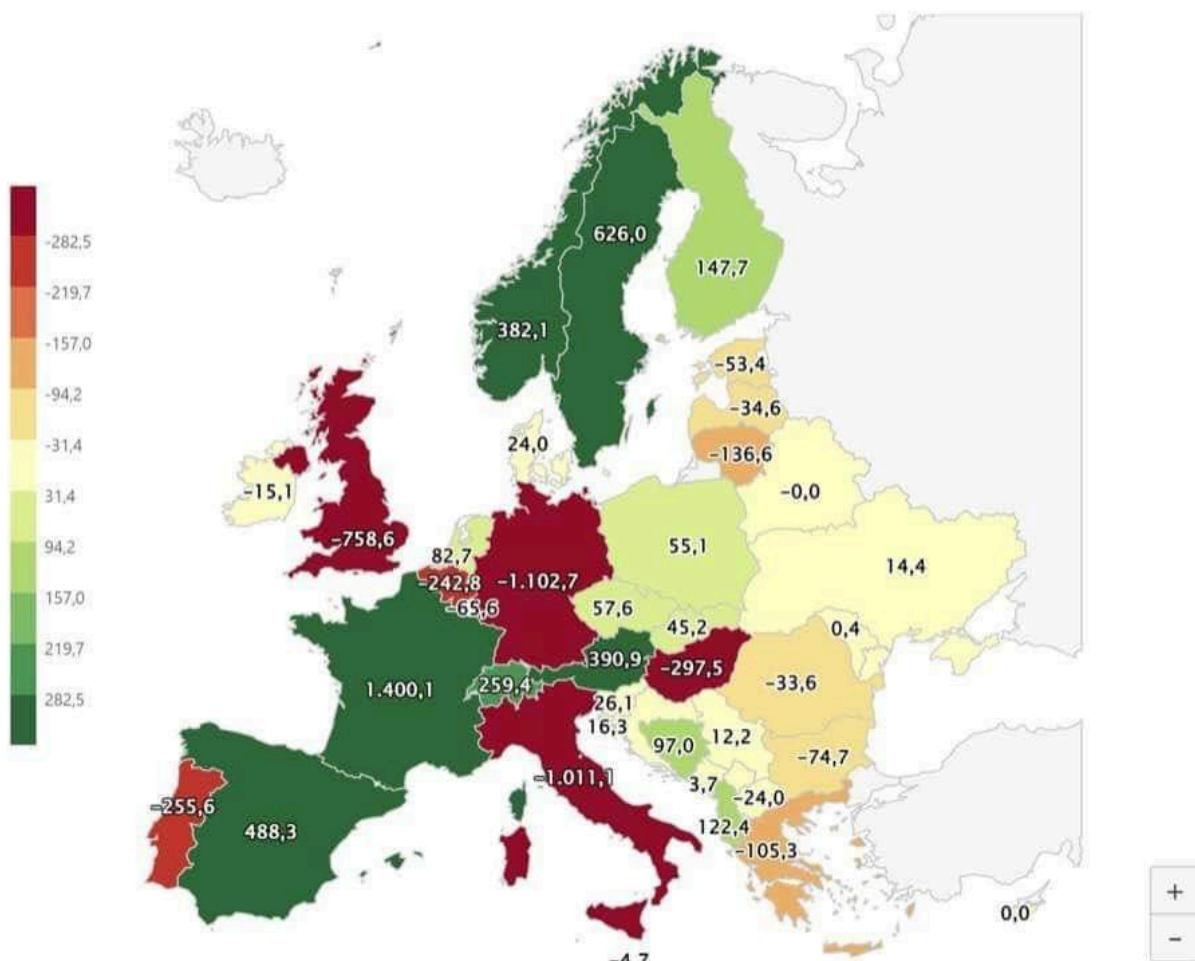
Die deutlich zunehmenden PV-Kapazitäten verschärfen indessen die Schwankungen bei der Stromeinspeisung. Im Mai drängten bei hoch stehender Sonne große Mengen des Sonnenstroms ins Netz. Mit schöner Regelmäßigkeit geht die Sonne auch wieder unter. Am 17. des Monats gingen zwischen 12:45 Uhr und 21:45 Uhr fast 36 Gigawatt (GW) Wind- und Solarstrom aus dem Netz, in jeder Stunde fast 4 GW, so viel wie die drei zuletzt verblichenen deutschen Kernkraftwerke leisten konnten.

Entsprechend schlug der Export zur Mittagszeit von 3,5 GW in einen Import von 14,3 GW um. Der Börsenpreis stieg im gleichen Zeitraum von 28 auf 111 Euro pro Megawattstunde, im Saldo ein deutliches Verlustgeschäft. Der Importstrom gilt jedoch als „klimaneutral“, er belastet unser deutsches CO₂-Budget nicht und wir können mit dem Finger auf Polen und Tschechien zeigen und deren Emissionen beklagen, die wir durch den Import in Teilen mit verursachen.

Die 19. Kalenderwoche (8. bis 14. Mai) zeigte sich grafisch so (Import in rot, Export in grün):

Grenzüberschreitender Stromhandel in Woche 19 2023

In GWh, positive Werte (grün) bedeuten Exporte, negative Werte (rot) bedeuten Importe



Energy-Charts.info; Letztes Update: 16.05.2023, 10:40 MESZ

Ob in Zukunft unsere Nachbarn immer wunschgemäß liefern können, ist nicht sicher. Insbesondere Süddeutschland ist davon abhängig. Nötig sind neue Gaskraftwerke. Dazu Frau Haller von der Bundesnetzagentur (BNA) kürzlich bei BR24:

„Im Moment sehen wir die Investitionen in diese Kraftwerke nicht. Insofern braucht es wohl einen Mechanismus, die Investitionen anzureizen, damit diese Kraftwerke auch tatsächlich kommen.“

Dieser Sachverhalt ist im Grunde seit dem Atomausstiegsbeschluss 2011, spätestens seit den Beratungen der Kohlekommission im Jahr 2019 klar. Passiert ist nichts. Da es kein Marktverhalten bei Investitionen mehr gibt, nur Anpassungen an den Subventionsmarkt, braucht es einen „Mechanismus“. Gespannt darf man den Ausschreibungen entgegensehen, die

im Klimaministerium gerade erbrütet werden.

Unterdessen steigen die Kosten des Netzbetriebes stark an. Von 2019 bis 2022 gibt es einen exponentiellen Anstieg der Kosten für die Bewirtschaftung des Engpassmanagements auf über 3,2 Milliarden Euro. Das trifft insbesondere die Bundesländer mit hohem Ökostromaufkommen wie Brandenburg und führt zu Netzentgelten, die das Eineinhalbache Bayerns betragen. Ministerpräsident Woidke (SPD) geht dagegen an und macht sich für eine bundesweite Wälzung der Kosten stark. Folge wäre allerdings eine straffe Erhöhung des Strompreises auch in den Ballungsgebieten und wirtschaftlichen Zentren.

Die Ursachen sind klar, die Folgen auch. Immer mehr zu integrierendem Zappelstrom stehen immer weniger regelbare Kapazitäten gegenüber. Das ist die Preisgleitklausel, die man sich über den exzessiven Ausbau der „Erneuerbaren“ einfängt.

Am 15. April wurde ein Kippunkt erreicht, auch wenn er nicht zu sehen ist. Wir werden uns nicht mehr durchgehend selbst mit Strom versorgen können, trotz „energieautarker“ Gemeinden, Dezentralität und enormer Wind- und Solarkapazitäten. Der Teufelskreis aus hohen Energiepreisen und der Abwanderung der Industrie hilft der Ampelregierung zunächst beim energiepolitischen „weiter so“. Weniger Verbrauch nimmt Druck aus dem System und im Übrigen gilt: Tschüss Kernenergie, bon jour l'énergie nucléaire!

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

CNN veröffentlicht eklatant falsche Behauptung über Waldbrände – es gibt überhaupt keinen Zusammenhang mit fossilen Brennstoffen

geschrieben von Chris Frey | 3. Juni 2023

Anthony Watts

In einem [Artikel](#) der CNN-Reporterin Rachel Ramirez vom 16. Mai 2023 mit dem Titel „*More than a third of the area charred by wildfires in Western North America can be traced back to fossil fuels, scientists find*“ (Wissenschaftler: Mehr als ein Drittel der durch Waldbrände im Westen

Nordamerikas verkohlten Fläche kann auf fossile Brennstoffe zurückgeführt werden) wird behauptet, dass Unternehmen, die fossile Brennstoffe herstellen, direkt für ein Drittel der Waldbrände im Westen der USA und in Kanada verantwortlich sind. Diese Behauptung lässt sich durch reale Daten leicht widerlegen. Die Daten zeigen keinen Zusammenhang zwischen der verbrannten Fläche bei Waldbränden und dem durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen erzeugten CO₂.

Der CNN-Artikel bezieht sich auf eine fragwürdige Studie der Union of Concerned Scientists (UCS) – einer politisch orientierten Organisation von Klimaaktivisten, die nach eigenem Bekunden [sagt](#): „Wir nutzen die Wissenschaft, um Veränderungen zu bewirken.“ Für die UCS ist die Wissenschaft kein Werkzeug, um Wissen zu produzieren, sondern ein Hebel für politischen Wandel.

Leider war CNN nicht in der Lage, diesen Unterschied zu erkennen und behandelte die [UCS-Pressemitteilung](#) so, als handele es sich um tatsächliche Wissenschaft und nicht um politisch motivierten Klimaaktivismus, der sich als Wissenschaft tarnt.

CNN berichtete von der Pressemitteilung und schrieb:

Die in der [Fachzeitschrift Environmental Research Letters](#) veröffentlichte [Studie](#) der Union of Concerned Scientists ergab, dass 37 % der seit 1986 durch Waldbrände im Westen verbrannten Fläche – fast 7,9 Millionen Hektar von 21 Millionen – auf die Verschmutzung des Planeten durch 88 der weltweit größten Produzenten fossiler Brennstoffe und Zementhersteller zurückzuführen sind, von denen letztere nachweislich etwa 7% aller Kohlendioxid-Emissionen verursachen.

Die Verschmelzung von Megadürre und Rekordhitze, die die Vegetation aufgrund des Klimawandels austrocknet, hat die Waldbrände im Westen angefacht. Und die Forscher fanden heraus, dass die Aktivitäten dieser Unternehmen, darunter ExxonMobil und BP, im Bereich der fossilen Brennstoffe den Planeten seit 1901 um 0,5 Grad Celsius erwärmt haben – fast die Hälfte des globalen Anstiegs in diesem Zeitraum.

Die UCS-„Studie“ verwendete einen neuen und wenig bekannten Ansatz, um die so genannte Megadürre und die Hitze mit den Emissionen fossiler Brennstoffe in Verbindung zu bringen: [Dampfdruckdefizit](#) (Vapor Pressure Deficit, VPD). Das VPD ähnelt der allgemein bekannten [Relativen Luftfeuchtigkeit](#), die in den täglichen Wetterberichten zu finden, aber nicht mit ihr identisch ist. Laienhaft ausgedrückt, misst der VPD, wie viel Wasser in der Luft vorhanden ist, im Vergleich zur maximalen Menge an Wasserdampf, die in dieser Luft existieren kann. Diese atmosphärische Messgröße wird kaum verwendet.

In der von UCS veröffentlichten [Studie](#) behaupten die Autoren:

Die Zunahme der verbrannten Waldflächen im Westen der Vereinigten Staaten und im Südwesten Kanadas in den letzten Jahrzehnten ist

teilweise auf einen Anstieg des Dampfdruckdefizits (Vapor Pressure Defense, VPD) zurückzuführen, ein Maß für die Trocknungskraft der Atmosphäre, das durch den vom Menschen verursachten Klimawandel erheblich beeinflusst wird.

...

Wir verwenden ein globales Energiebilanzmodell für den Kohlenstoffkreislauf, eine Reihe von Klimamodellen und ein Modell für verbrannte Flächen (BA), um den Beitrag der Emissionen, die auf die wichtigsten Kohlenstoffproduzenten zurückzuführen sind, zum langfristigen Anstieg des VPD im Zeitraum 1901-2021 und zur kumulativen Waldbrandfläche im Zeitraum 1986-2021 im Westen der USA und im Südwesten Kanadas zu bestimmen.

Mit anderen Worten: Anstatt Messdaten aus der realen Welt zu verwenden, haben sie Computer-Klimamodelle verwendet, um eine Schätzung vorzunehmen, die auf Annahmen über Veränderungen der Dampfdruckdefizite beruht, die als solche über den behaupteten Zeitraum nicht tatsächlich gemessen wurden. Wie *Climate Realism* wiederholt gezeigt hat, stimmen die Ergebnisse von Modellen **nicht** mit der Realität überein, und es hat sich gezeigt, dass viel gepriesene **Klimamodelle** zu heiß laufen und steigende Temperaturen vorhersagen, die, in den Worten der Wissenschaftler, die an den Modellen arbeiten, „unplausibel **schnell**“ sind. In dem UCS-Papier wird behauptet, dass die VPD im Westen der USA und Kanadas eine langfristige Austrocknung anzeigen und damit zu Waldbränden beiträgt. Diese Austrocknung, die sich aus der VPD-Metrik ablesen lässt, wäre ein Indikator für zunehmende Trockenheit, doch zwischen den jüngsten Klimaveränderungen und den Waldbränden konnte kein kausaler Zusammenhang oder gar eine Korrelation **nachgewiesen** werden.

Am ungeheuerlichsten ist jedoch, dass die UCS-Studie selbst tatsächliche Daten in einer **Studie** ignoriert, das sie als Referenz zur Untermauerung ihrer Behauptung über die VPD-Trocknung verwendet. In dem Papier *Plant responses to rising vapor pressure deficit* aus dem Jahr 2020 wurden tatsächliche VPD-Daten für den Westen der USA und Kanada gezeigt. Überraschenderweise zeigen diese Gebiete tatsächlich VPD-Werte, die eher auf mehr als auf weniger Feuchtigkeit hindeuten, was den Behauptungen der UCS-Studie über die Austrocknung völlig widerspricht. Dies ist in Abbildung 1 unten zu sehen, die sowohl die USA als auch eine vergrößerte Darstellung des westlichen Gebiets der UCS-Studie zeigt. Die grünen Farben zeigen feuchtere Bedingungen an:

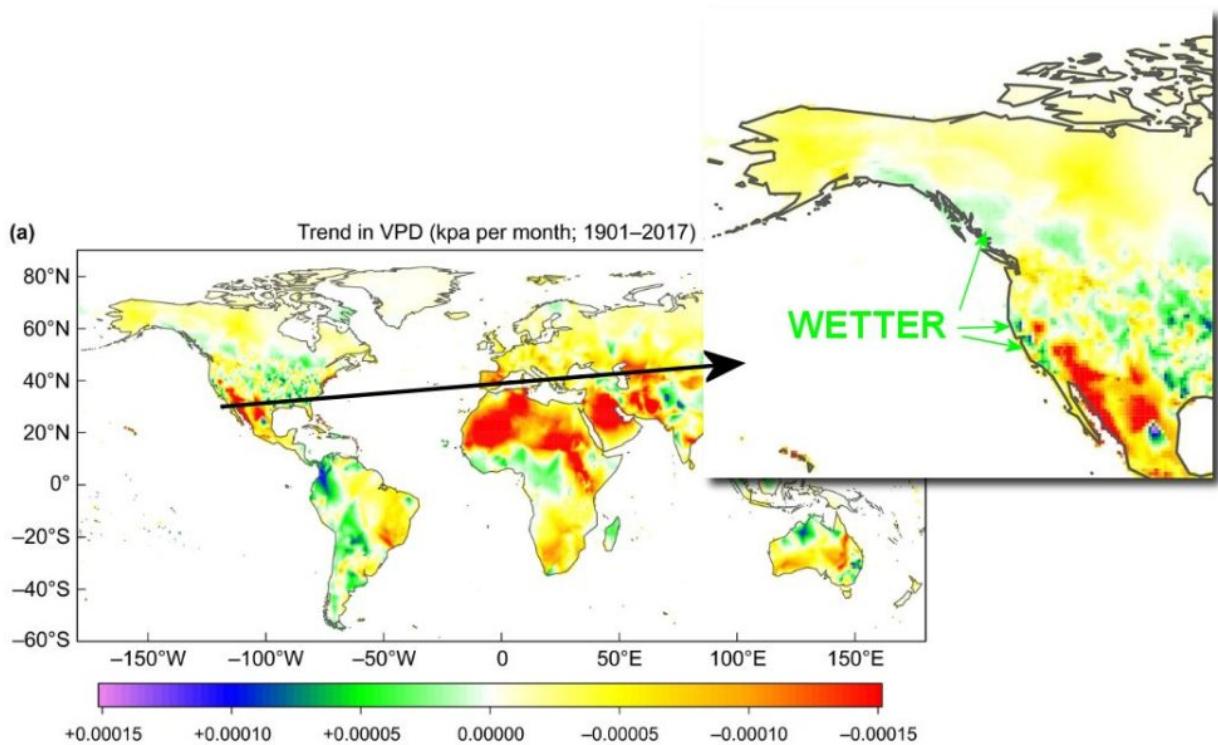


Abbildung 1 – Abbildung 1A aus der Studie Plant responses to rising vapor pressure deficit, vergrößert und kommentiert von A. Watts, um die in dem UCS-Papier zitierten Regionen im Westen der USA und Kanadas zu zeigen. Grüne Flächen in Kalifornien und Westkanada weisen auf feuchtere Bedingungen hin, doch sind dies die Gebiete, in denen die größten Waldbrände aufgetreten sind.

Die Autoren der UCS-Studie ignorieren nicht nur die widersprüchlichen VPD-Beweise, die in der von ihnen zitierten Studie enthalten sind, sie haben auch die Daten zu den Waldbränden selektiv ausgewählt und nur die Jahre angeführt, die ihre Behauptung, dass durch den Klimawandel verursachte VPD-Defizite Waldbrände verursachen, anscheinend stützen. UCS behauptet:

Diese Analyse der Union of Concerned Scientists (UCS) führt Teile der beobachteten Zunahme der Brandgefahr und der verbrannten Waldflächen im Westen der Vereinigten Staaten und im Südwesten Kanadas (hier als westliches Nordamerika bezeichnet) auf die 88 größten fossilen Brennstoffunternehmen der Welt zurück...

...

Die Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass 37 Prozent der kumulierten verbrannten Waldfläche im Westen Nordamerikas seit 1986 auf die Kohlenstoffemissionen der Produkte dieser Unternehmen zurückgeführt werden können.

Für die UCS-Studie wurden Daten über Waldbrände vom National Interagency

Fire Center (NIFC) verwendet. Diese Daten reichen bis ins Jahr 1926 zurück. Obwohl UCS die VPD-Daten bis ins Jahr 1901 zurückverfolgt hat, wurden nur die Daten über Waldbrände von 1986 bis heute verwendet. Wie Sie in Abbildung 2 sehen können, traten Waldbrände in den USA in den frühen Jahren der Daten viel häufiger auf. Durch die Verwendung nur neuerer Daten impliziert das UCS, dass Waldbrände im Verhältnis zur VPD zunehmen:

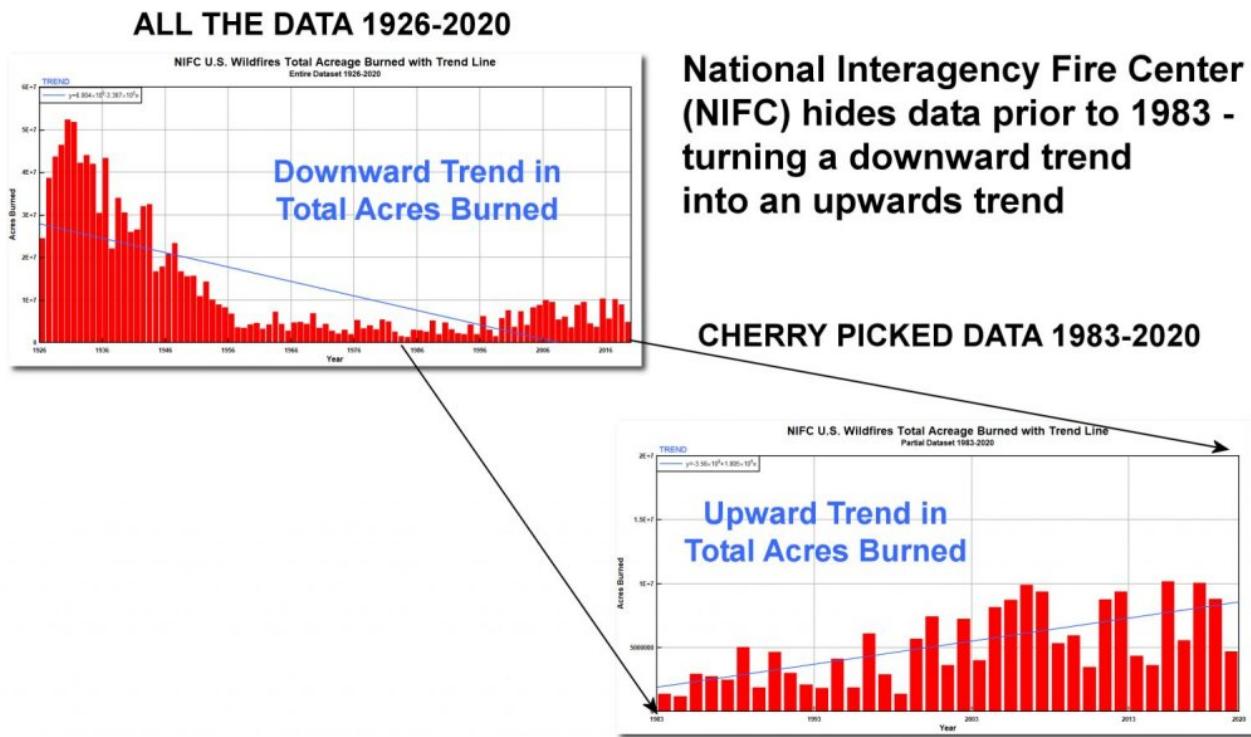


Abbildung 2: Ein Vergleich des NIFC-Datensatzes vor und nach der Lösung, der die verbrannten Acres zeigt. Beachten Sie, dass die blaue Trendlinie von einem negativen Trend zu einem positiven Trend übergeht, wenn die ausgewählten Daten verwendet werden.

Climate Realism berichtete [hier](#) über das eklatante Verschwinden früherer Daten zu Waldbränden und stellte fest, dass diese erst verschwanden, nachdem Forscher begannen, sie zu zitieren, um zu zeigen, dass die Waldbrände in den Vereinigten Staaten nicht schlimmer geworden sind. Die Daten waren valide genug, um in der 2001 aktualisierten [Fassung](#) der *Federal Wildland Management Policy* von 1995 verwendet zu werden. (PDF)

Die Verwendung des gesamten NIFC-Datensatzes widerlegt die UCS-„Studie“ mit Leichtigkeit, aber noch aufschlussreicher ist die Tatsache, dass beim Vergleich der Kohlendioxid-Werte zwischen den herausgepickten und den vollständigen NIFC-Daten die Lüge durch Auslassung deutlich wird, wie in Abbildung 3 zu sehen ist:

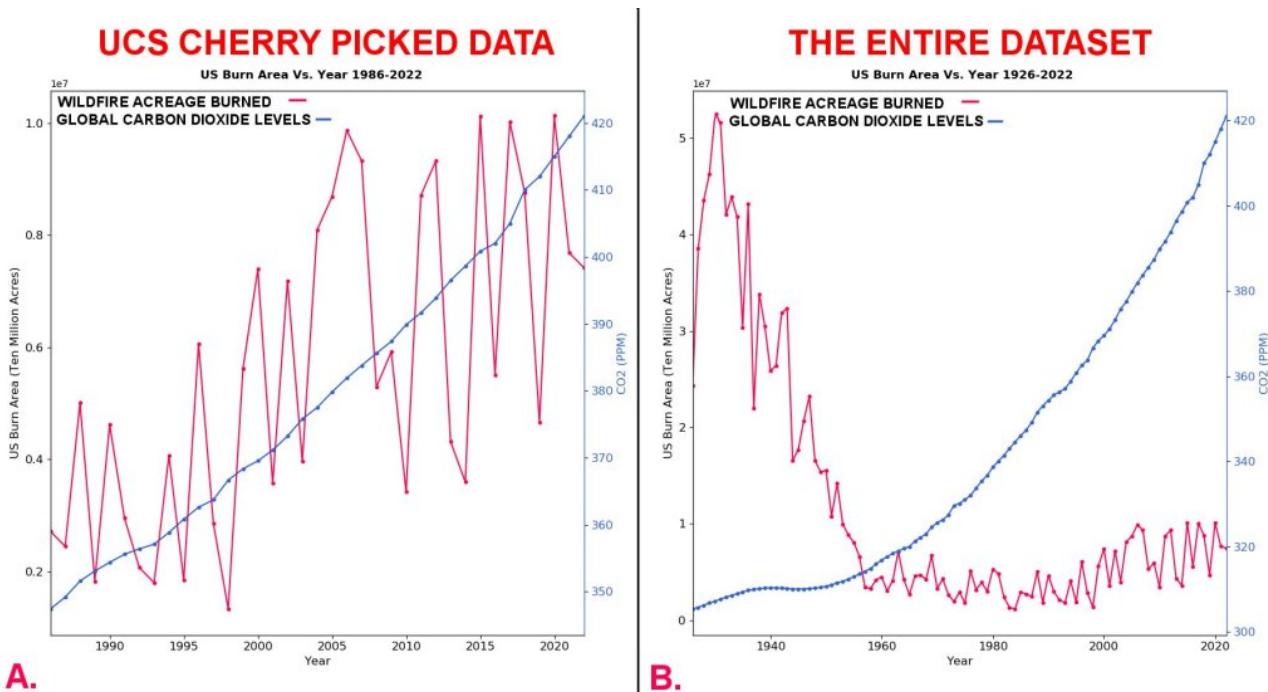


Abbildung 3: Feld A zeigt die Korrelation zwischen CO₂-Werten und Waldbränden, wenn die von UCS ausgewählten Daten verwendet werden. In Feld B verschwindet diese Korrelation jedoch vollständig, wenn alle Daten zu Waldbränden und CO₂ verwendet werden. Quellen: NIFC und NOAA Mauna Loa CO₂-Daten. Die Diagramme stammen ursprünglich von Tony Heller und wurden von A. Watts geändert, kombiniert und kommentiert.

Durch das Ausblenden der Daten vor 1986 hat UCS den Anschein einer falschen Korrelation zwischen CO₂-Emissionen und Waldbränden erweckt, obwohl es im vollständigen Datensatz keine gibt. Mit anderen Worten: Sie haben gelogen, indem sie nur die Daten ausgewählt haben, die sie zeigen wollten.

Und als ob das noch nicht genug wäre, zeigen neuere Satellitendaten **keinen** Zusammenhang zwischen der verbrannten Fläche bei Waldbränden und dem Kohlendioxidgehalt. Während der Kohlendioxidgehalt anstieg, nahm die Fläche der Waldbrände zwischen 2000 und 2018 ab. Einem Bericht der US-Forstbehörde zufolge deuten vernarbte kalifornische Mammutbäume darauf hin, dass es dort in den Jahren 245, 1441, 1580 und 1797 zu schweren Bränden gekommen ist – lange bevor es die Sorge um den Klimawandel und die Unternehmen für fossile Brennstoffe gab.

Wie üblich hat CNN keine der Behauptungen der UCS anhand verfügbarer Daten überprüft. Stattdessen hat CNN einfach die Behauptungen einer politischen Organisation nachgeplappert, die „Wissenschaft betreibt, um Veränderungen zu bewirken“.

Jegliche Zweifel daran, dass die UCS mehr ist als eine Organisation, die „Wissenschaft für Geld“ betreibt, werden durch die Tatsache ausgeräumt, dass mein Hund Kenji **Mitglied** der UCS wurde, indem er einfach eine Gebühr zahlte. Um ein „besorgter Wissenschaftler“ zu werden, muss man

nur eine gültige Kreditkarte vorlegen.

Es ist klar, dass die UCS und CNN vor die Hunde **gegangen** sind, wenn es um wissenschaftliche Integrität und die korrekte Berichterstattung über die Wissenschaft in der Öffentlichkeit geht. Ihre so genannte Wissenschaft besteht nicht einmal den „**Schüffeltest**“.

Autor: *Anthony Watts* is a senior fellow for environment and climate at The Heartland Institute. Watts has been in the weather business both in front of, and behind the camera as an on-air television meteorologist since 1978, and currently does daily radio forecasts. He has created weather graphics presentation systems for television, specialized weather instrumentation, as well as co-authored peer-reviewed papers on climate issues. He operates the most viewed website in the world on climate, the award-winning website wattsupwiththat.com.

Link:

<https://climaterealism.com/2023/05/cnn-publishes-blatantly-false-claim-about-wildfires-theres-no-link-to-fossil-fuels-at-all/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Nein, AP, ein Temperaturanstieg um 1,5°C führt NICHT zu „Tod, Zerstörung und Schäden“

geschrieben von Chris Frey | 3. Juni 2023

Anthony Watts

Ein **Artikel** des Klimareporters Seth Borenstein von der Associated Press (AP) vom 17. Mai 2023 wurde weltweit von zahlreichen Medien aufgegriffen. Unter dem Titel „*The likelihood that Earth briefly hits key warming threshold grows bigger and closer, UN forecasts*“ (Die Wahrscheinlichkeit, dass die Erde in Kürze den Schwellenwert für die Erwärmung erreicht, wird immer größer, so die UN-Prognose) wird in dem Artikel behauptet, dass die Erde aufgrund des für diesen Sommer erwarteten El-Niño-Ereignisses „...Tod, Zerstörung und Schäden an den globalen Ökosystemen“ erleben wird. Diese Behauptung ist falsch, denn die Erde hat in der jüngeren Geschichte bereits eine Erwärmung dieses Ausmaßes erlebt, und die globalen Temperaturdaten zeigen, dass dies der Fall war, ohne dass diese schädlichen Auswirkungen zu beobachten waren.

Die Behauptung des drohenden Unheils basiert auf einer einzigen [Studie](#) mit dem Titel „*Exceeding 1.5°C global warming could trigger multiple climate tipping points*“. AP und viele andere Nachrichtenagenturen sehen die spekulativen Behauptungen der Studie als bewiesen an, da sie davon ausgehen, dass die [prognostizierte](#), durch den El Niño verursachte Erwärmung die Erde in diesem Jahr über diesen Temperaturwert hinausschieben wird. Zuvor hatte Climate Realism in dem [Artikel](#) „*Media Can't Agree on the Number of Climate Tipping Points, Much less When*“ über das Überschreiten der 1,5°C-Temperaturschwelle berichtet.

Die Medien behaupten, dass es bei einem Temperaturanstieg von 1,5°C zu einer zukünftigen Katastrophe kommen wird – das Problem ist, dass sie nicht zu erkennen scheinen, dass diese Schwelle bereits überschritten wurde.

Die Abbildung zeigt die Aufzeichnung der durchschnittlichen Temperatur in Europa seit etwa 1780. Europa ist ein guter Ort für die Analyse, da einige der längsten kontinuierlichen Temperaturaufzeichnungen aus Europa stammen. Sie zeigt, dass nicht nur eine Erwärmung um 1,5°C, sondern bereits eine solche um 2,0°C stattgefunden hat:

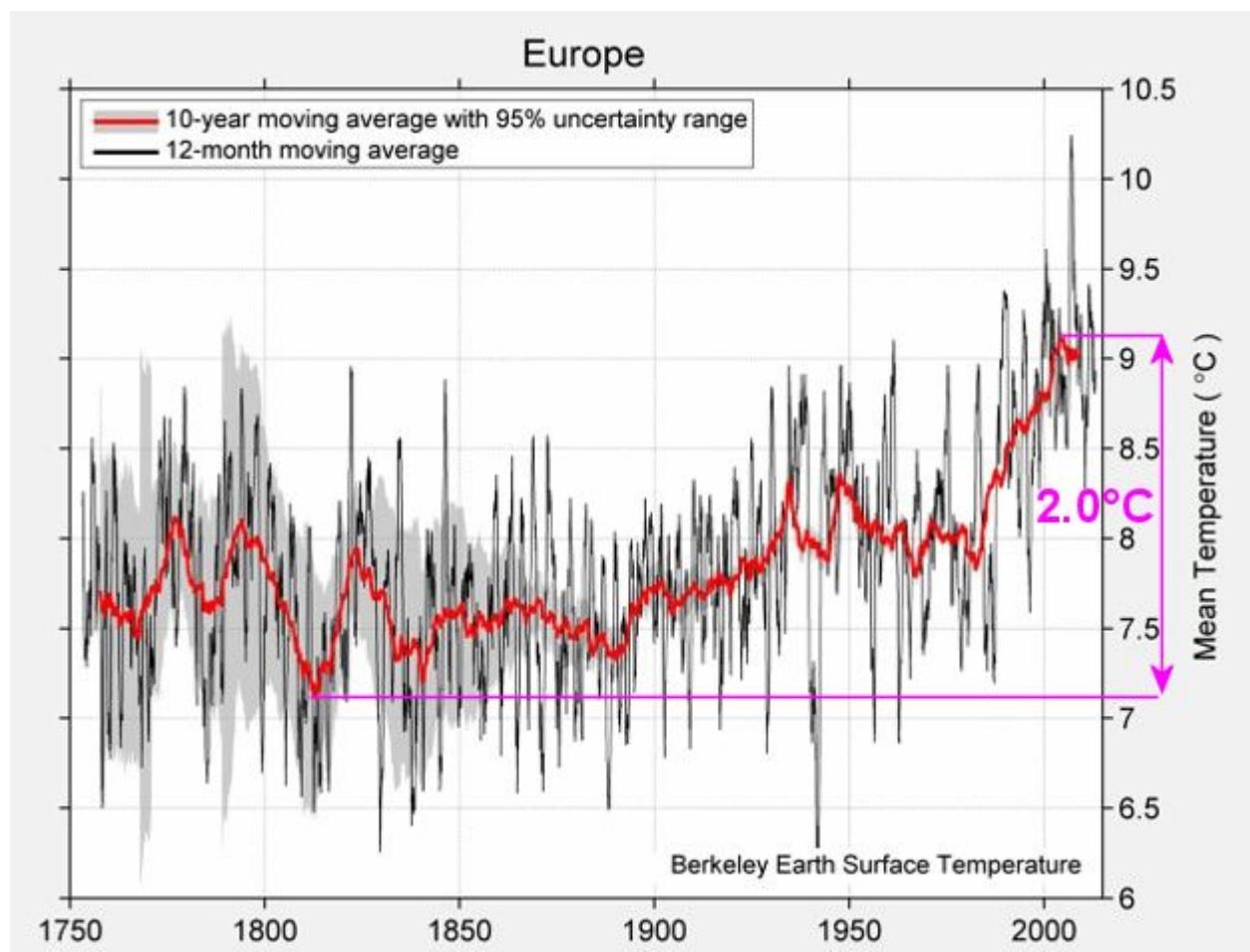


Abbildung: Berkeley Earth Durchschnittstemperatur in Europa mit einem Anstieg von 2,0°C seit etwa 1820. [Quelle](#), kommentiert von Anthony Watts

Doch selbst bei einer atmosphärischen Erwärmung von 2°C seit etwa 1820 sind die behaupteten katastrophalen Klima-Kipp-Punkte nicht eingetreten.

Trotz der durch reale Daten gelieferten gegenteiligen Beweise scheint der Klima-Alarmismus über künftige Kipp-Punkte ein ständiges Thema in den Medien zu sein, aber sie treten nie ein – „es ist immer wieder ein Déjà-vu“.

Wie in dem [Beitrag](#) bei Climate at a Glance „El Niño and Global Warming“ erläutert, sind die Erwärmungen, die durch das für diesen Sommer erwartete El-Niño-Ereignis im Pazifischen Ozean hervorgerufen werden, natürliche Muster, die seit Millionen von Jahren [bestehen](#) und nichts mit den Behauptungen über eine durch Kohlendioxid verursachte Erwärmung zu tun haben.

Es ist Borenstein und der AP zu verdanken, dass sie Alarm wegen der zu erwartenden Katastrophen aufgrund eines Temperaturanstiegs von 1,5 °C schlagen, während sie die Tatsache ignorieren, dass es sich um ein natürliches Ereignis handelt, das seit Jahrtausenden andauert, und dass wir bereits einen Temperaturanstieg von 1,5 °C überschritten haben und nichts Schlimmes passiert ist.

Wenn Borenstein und seine Arbeitgeber aus der Medienbranche wieder über dieses Thema schreiben, könnten sie ihre Geschichten vielleicht etwas ausbalancieren und erklären, dass die Temperaturgeschichte gezeigt hat, dass es nichts zu befürchten gibt. Das ist jedoch unwahrscheinlich, denn vor kurzem wurde aufgedeckt, dass AP einen Zuschuss in Höhe von 8 Millionen Dollar erhalten hat, der speziell dafür gedacht ist, das Schreiben alarmierender Klimageschichten wie dieser zu fördern. Der Washington Examiner [berichtet](#):

In dem Jahr, das auf einen Zuschuss von mehr als 8 Millionen Dollar an die Associated Press von wichtigen [Befürwortern](#) des Klimawandels folgte, hat der Nachrichtendienst mindestens 64 Geschichten veröffentlicht, die vor [Umweltkatastrophen](#) warnen, so eine neue Medienstudie.

Mit dieser Art von Erfolgsbilanz und dem großen Geld, das die redaktionellen Entscheidungen bestimmt, scheint die Wahrheit hinter dem Plan „Katastrophen für Dollars“ bei der AP zurückzustehen.

Autor: [Anthony Watts](#) is a senior fellow for environment and climate at The Heartland Institute. Watts has been in the weather business both in front of, and behind the camera as an on-air television meteorologist since 1978, and currently does daily radio forecasts. He has created weather graphics presentation systems for television, specialized weather instrumentation, as well as co-authored peer-reviewed papers on climate issues. He operates the most viewed website in the world on climate, the award-winning website [wattsupwiththat.com](#).

Link:

<https://climaterealism.com/2023/05/no-ap-a-1-5c-temperature-rise-wont-ca>

[use-death-destruction-and-damage/](#)

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Bidens Umwelt-Ungerechtigkeit

geschrieben von Chris Frey | 3. Juni 2023

Paul Driessen

Präsident Biden hat vor kurzem eine 5.400 Wörter umfassende [Verfügung](#) erlassen, die alle Bundesbehörden anweist, bei allen Entscheidungen auf „Umweltgerechtigkeit“ zu achten.

Nachdem sie wochenlang Fragen dazu auswich, welche Sanierungsmaßnahmen, Entschädigungen und Umweltgerechtigkeit die Regierung den Einwohnern von East Palestine, Ohio, nach dem Austritt von giftigen Eisenbahn-Chemikalien bietet, erklärte die Pressesprecherin des Weißen Hauses Karine [Jean-Pierre](#) die Verfügung in ihrem unnachahmlichen Stil:

Der Präsident hat „die ehrgeizigste Klima-Agenda als jeder andere Präsident in der Geschichte, und eine Art, wie man dies heute betrachten kann ist, dass er diese ehrgeizige Agenda weiter umsetzt, und er ist noch nicht fertig. Dies ist eine kontinuierliche Fortsetzung dessen, was er dem amerikanischen Volk versprochen hat.“

Im Klartext bedeutet dies, dass die Verordnung es jeder Behörde ermöglicht, dieses unendlich dehbare Konzept der „Gerechtigkeit“ anzuwenden, um jede Politik und Verordnung zu rechtfertigen, die sie im Namen der Eindämmung der „Klimakrise“ und der „grundlegenden Umgestaltung“ des amerikanischen Energie- und Wirtschaftssystems durchführt. Es erlaubt den Behörden auch, alle Fragen der „Gerechtigkeit“ zu ignorieren, die ihren Plänen im Wege stehen könnten.

Die Environmental Protection Agency hat schnell eine [Pressemitteilung](#) herausgegeben, in der sie sich auf Gerechtigkeitsgründe für die Abschaffung von Kohle- und Gaskraftwerken, Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren und Gasherden, Öfen und Warmwasserbereitern beruft, die alle zur globalen Erwärmung beitragen sollen.

Die EPA behauptet, dass Kinder besonders anfällig „für klimabedingte Auswirkungen wie steigende Temperaturen sind, die „lebenslange Folgen“ für ihre Konzentration, ihr Lernen, ihre schulischen Leistungen und ihr Einkommenspotenzial haben können. Darüber hinaus betreffen diese Auswirkungen „unverhältnismäßig stark Kinder, die schwarz, indigen und

farbig sind, ein geringes Einkommen haben, nicht krankenversichert sind und/oder nur über begrenzte Englischkenntnisse verfügen“.

Natürlich senken Klimaanlagen die hohen Temperaturen in Schulen und Wohnungen und vermeiden so diese weit hergeholt Probleme. Im Winter halten Gasöfen (oder zuverlässige, erschwingliche Kohle- oder Gaselektrische Heizungen) die Schüler warm, wenn die Außentemperaturen auf tödliche Tiefstwerte sinken.

Sowohl Kühl- als auch Heizsysteme werden jedoch für die gleichen Bevölkerungsschichten nicht mehr zur Verfügung stehen oder unerschwinglich sein, wenn die Regierung die Abschaffung von Kohle und Gas verordnet und die Stromerzeugung durch teure, wetterabhängige Wind- und Sonnenenergie ersetzt. In Europa ist das bereits der Fall.

The Economist berichtete, dass im vergangenen Winter 68.000 Menschen in Europa starben, weil die Energiepreise so stark gestiegen sind, dass viele Familien es sich nicht mehr leisten können, ihre Häuser richtig zu heizen.

Unterdessen behauptet die EPA, dass die Schließung von Kohle- und Gaskraftwerken bis 2042 1.300 „vorzeitige Todesfälle“ aufgrund der globalen Erwärmung verhindern würde. Das sind hypothetisch 65 Todesfälle pro Jahr.

Berücksichtigt man die Bevölkerungsunterschiede zwischen Europa und den USA, würden jedes Jahr mehr als 30.000 Amerikaner unnötig sterben, wenn die Energiepreise so stark steigen wie in Europa. Minderheiten sowie Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen wären unverhältnismäßig stark betroffen und könnten sich eine angemessene Heizung im Winter am wenigsten leisten. Ohne erschwingliche, zuverlässige Klimaanlagen würden wahrscheinlich Tausende von Menschen in den schwülen Sommern sterben. Allein um Licht und Computer am Laufen zu halten braucht man zuverlässigen, bezahlbaren Strom.

Die EPA hat diese Realitäten in ihrer Pressemitteilung, ihren Verordnungen oder ihren Verdrehungen zum Thema „Umweltgerechtigkeit“ nicht berücksichtigt, weil die Behörde eine Agenda verfolgt und keine ehrlichen wissenschaftlichen Beweise vorlegt. Die Behörde und Biden EO ignorieren routinemäßig unbequeme Tatsachen wie die folgenden:

Die Abschaffung von Kohle- und Gaskraftwerken wird Amerikas Bedarf an Stromerzeugung verdreifachen, um diesen Strom zu ersetzen und Batteriespeicher bereitzustellen. Eine überstürzte Umsetzung dieses Vorhabens, bevor Amerika über eine ausreichend zuverlässige alternative Stromversorgung verfügt, wird die Stromnetze destabilisieren und zu wiederholten Stromausfällen führen, von denen unverhältnismäßig viele Familien betroffen sind, die sich keine Notstromaggregate leisten können (von denen wiederum die meisten fossile Brennstoffe benötigen).

EPA-Vorschriften zur drastischen Verringerung der Auspuffemissionen

werden Familien dazu zwingen, Elektroautos zu kaufen, die im Durchschnitt über 65.000 Dollar kosten – und leichte, mittelschwere, schwere und Langstrecken-Lkw, die doppelt so viel kosten könnten wie Benzin- oder Dieselfahrzeuge. Arbeiterfamilien werden am stärksten betroffen sein.

Landwirte werden gezwungen sein, viel mehr für elektrische Traktoren und für erdgasbasierte Düngemittel und Pestizide zu bezahlen, die ebenfalls viel teurer sein werden. Die Lebensmittelpreise werden noch weiter in die Höhe schießen, so dass benachteiligte Familien gezwungen sein werden, zwischen Nahrung, Heizung, Kleidung und anderen Bedürfnissen zu wählen.

Familien und Vermieter werden auch gezwungen sein, hocheffiziente Gasöfen durch teure elektrische Systeme zu ersetzen ... oder durch teure Wärmepumpen, die nicht einmal bei Minusgraden gut funktionieren.

Der Lebensstandard von Familien aus der Mittelschicht wird drastisch sinken. Arme Haushalte werden nicht in der Lage sein, ihr Leben zu verbessern. Ländliche Gemeinden werden immer mehr isoliert und in Energiekolonien für die städtischen Wahlblöcke der Demokraten verwandelt, mit Windturbinen, Sonnenkollektoren und Übertragungsleitungen von Horizont zu Horizont.

Die Bundesbehörden werden wahrscheinlich nur die gefühllose, gebieterische Haltung der Bank von England [nachplappern](#): Die Menschen „müssen einfach akzeptieren, dass es ihnen schlechter geht und aufhören zu versuchen, ihre reale Kaufkraft zu erhalten“. Den herrschenden Eliten wird es gut gehen. Warum sollten sie sich Sorgen um uns Bürger machen?

Steigende Preise für intermittierenden Strom werden viele Fabriken und Unternehmen zur Schließung zwingen. Die Arbeiter werden schlecht bezahlte Jobs annehmen müssen, um Windturbinen, Solarpaneele und andere Anlagen zu installieren, zu warten, zu reparieren und zu ersetzen – und verschlissene, veraltete und kaputte Teile und leere Batteriemodule auf riesige ländliche Mülldeponien zu transportieren.

„Saubere, erneuerbare, nachhaltige“ Energietechnologien erfordern weitaus mehr nicht erneuerbare, nicht nachhaltige Metalle, Mineralien und andere Rohstoffe als ihre Gegenstücke aus fossilen Brennstoffen. Die Bergbau-, Verarbeitungs- und Produktionsbetriebe in Übersee werden mit fossilen Brennstoffen betrieben und stoßen riesige Mengen an Kohlendioxid und giftigen Luft- und Wasserschadstoffen aus, im Allgemeinen unter minimalen oder gar keinen Gesetzen, die die Umweltverschmutzung regeln ... oder Sklaven- und Kinderarbeit, Sicherheit am Arbeitsplatz, Gesundheit oder andere Fragen der Umweltgerechtigkeit und Menschenrechte.

Die Lieferketten und sogar die Ketten der fertigen Produkte laufen zunehmend über China, das auch die [Märkte](#) für Elektrofahrzeuge übernimmt. Vor allem unter einer Biden-Regierung, die sich gegen fast

jeden Abbau oder jede Verarbeitung in den USA ausspricht, wird China seine Vorherrschaft bei Kobalt, Graphit, Lithium, Nickel und anderen wichtigen Rohstoffen nur noch weiter ausbauen, was eine laue Reaktion auf chinesische (und russische) militärische und territoriale Ambitionen geradezu erfordert. Die Ungerechtigkeiten, die den asiatischen und afrikanischen Gemeinschaften zugefügt werden, sind schwerwiegend und offensichtlich.

Doch selbst eine Verdopplung oder Verdreifachung der heutigen weltweiten Fördermengen würde nicht ausreichen, um den rasant steigenden Materialbedarf für die Millionen von Windturbinen, Milliarden von Solarpanelen, Milliarden von Batteriemodulen, Millionen von Heizungsanlagen und Transformatoren und Hunderttausende von Kilometern neuer Übertragungsleitungen zu decken, die eine amerikanische Net-Zero-Wirtschaft erfordern würde. Die steigende Nachfrage bei unzureichendem Angebot wird die Preise in die Höhe treiben.

Eine globale Energiewende wäre wahrscheinlich katastrophal für erschwingliche Energie, Wirtschaft, Arbeitsplätze, Lebensstandard, verkürzte Lebensspanne, Menschenrechte, Tierwelt und Umweltqualität.

Reichlich vorhandene, zuverlässige und erschwingliche Energie, die zumeist aus fossilen Brennstoffen gewonnen wird, hat die Menschen von mühsamer Arbeit **befreit**. Die von Biden und anderen westlichen Regierungen geförderte und aufgezwungene Energieverknappung und **Rückentwicklung** führt im Namen der „Klimagerechtigkeit“ zu einem Rückgang des Lebensstandards, der Gesundheit und der persönlichen Freiheiten. Am schlimmsten werden die negativen Auswirkungen für Frauen, Arme und farbige Menschen sein, vor allem jenseits der US-Grenzen.

Der italienische Diktator Benito Mussolini schrieb in *The Doctrine of Fascism*: „Der **faschistische** Staat beansprucht die Herrschaft auf dem Gebiet der Wirtschaft nicht weniger als auf anderen Gebieten; er macht seine Handlungen in der ganzen Länge und Breite des Landes durch seine *korporativen, sozialen und erzieherischen Institutionen und alle politischen, wirtschaftlichen und geistigen Kräfte* der Nation spürbar.“ [Hervorhebung {vom Autor} hinzugefügt]

Diese Beschreibung klingt nur allzu passend für die Situation, mit der Amerika und die Welt heute zunehmend konfrontiert sind. Die größte Bedrohung für unseren Lebensstandard, unsere Freiheiten und wahre Gerechtigkeit geht nicht vom Klimawandel aus. Sie geht von diktatorischen Erlassen aus, die im Namen der Kontrolle des ständig schwankenden Klimas der Erde erlassen werden.

Autor: Paul Driessen is senior policy advisor for CFACT and author of *Cracking Big Green and Eco-Imperialism: Green Power – Black Death*.

Link: <https://www.cfact.org/2023/05/25/bidens-environmental-injustice/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

